



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 16.05.2014

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 22. Mai 2014, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 03.04.2014
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **14-S-00-0001**
Neubesetzung im ehrenamtlichen Magistrat; Einführung und Verpflichtung einer ehrenamtlichen Beigeordneten

5. 14-F-33-0063

25 Jahre Deutsche Einheit - Wiesbadener Woche der Freiheit
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 28.04.2014

Am 3. Oktober 2015 jährt sich zum 25. Mal der Tag der deutschen Einheit. Dieses Jubiläum wird durch das Land Hessen ausgerichtet werden, das zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz im Bundesrat innehaben wird. Laut Presseberichterstattung soll die zentrale Gedenkveranstaltung am 3. Oktober entgegen der üblichen Praxis nicht in der Landeshauptstadt sondern in Frankfurt stattfinden.

Dieser Tag ist auch für Wiesbaden ein Tag der Freude. Nicht zuletzt deshalb, weil zwischen 1991 und 2012 rund 12.400 Neubürger aus den „neuen Bundesländern“ nach Wiesbaden gekommen sind und viele von ihnen hier eine neue Heimat gefunden haben (Wanderungsanalysen I 2014:58).

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. sich dafür einzusetzen, dass die zentrale Gedenkfeier zum Tag der deutschen Einheit im Jahr 2015 in der Landeshauptstadt Wiesbaden stattfindet;
2. im zeitlichen Umfeld zur zentralen Gedenkfeier in Wiesbaden eine „Woche der Freiheit“ zu organisieren;
3. Schulen, Vereine und Firmen aufzufordern, sich mit geeigneten Beiträgen hieran zu beteiligen;
4. kulturelle Veranstaltungen Privater und der Stadt thematisch zu bündeln und in das Programm zu integrieren;
5. sich um einen zentralen Festredner zu bemühen, der in dieser Woche (wenngleich nicht am 3. Oktober selbst) das Thema „Freiheit“ thematisiert.

6. 14-F-33-0064

Flächendeckender Breitbandausbau in Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 30.04.2014 -

Die Bundesregierung setzt sich für den flächendeckenden Ausbau leistungsfähiger Breitbandnetze in Deutschland ein. Zur Unterstützung des wirtschaftlichen Wachstums in Deutschland strebt der Bund im Rahmen der Breitbandstrategie bis 2018 eine flächendeckende Verfügbarkeit von mindestens 50 Mbit/s an. (siehe Studie vom TÜV Rheinland vom August 2013)

Laut Breitbandatlas des Bundeswirtschaftsministeriums ist in der Wiesbadener Innenstadt für 95% aller Haushalte eine Breitbandverbindung von mind. 16 Mbit/s verfügbar. In Auringen, Medenbach und Frauenstein gibt es Punkte, wo dies nicht der Fall ist. Noch schwieriger ist die Breitbandverfügbarkeit in Igstadt, Breckenheim und Heßloch.

Schnelles Internet ist heute ein unverzichtbarer Teil unserer Lebenswirklichkeit. Ein diesbezüglicher Anschluss ist sowohl für junge Familien, als auch für Unternehmen attraktiv.

Um die von der Bundesregierung angestrebten Ziele zu erreichen sollte auch die Stadt Wiesbaden, ein eigenes Breitbanderschließungskonzept bzw. Breitbandstrategie 2018 für die noch nicht angeschlossenen Haushalte vorlegen.

Die Grundversorgung mit einem Internetzugang für alle muss dabei zu vertretbaren Preisen gewährleistet sein. Für ein zukunftsfähiges Wiesbaden mit seinen Vororten ist ein schnelles Internet unabdingbar.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. eine Bestandsaufnahme zu erarbeiten, welche Stadtteile in Wiesbaden über welches Breitbandnetz-Angebot (keines, mindestens 16 bzw. 50 Mbits/s) welcher Anbieter verfügen.
2. sich dafür einzusetzen, dass eine flächendeckende Versorgung des gesamten Stadtgebiets von Wiesbaden mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen und der Aufbau von Netzen der nächsten Generation als wichtige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit geschaffen werden.
3. ein Breitbanderschließungskonzept für die noch nicht angeschlossenen Haushalte vorzulegen und hierbei Gespräche mit Anbietern über deren Ausbaupläne bis zum Jahr 2018 zu führen mit dem Ziel, durch eine Koordination dieser Pläne ggf. Synergien zu realisieren.
4. neue Technologien, wie funkbasierten Lösungen und Glasfaserkabelverlegung über Wasser- und Abflussrohre zu unterstützen
5. zu berichten, welche Förderungen es seitens der EU und / oder des Bundes zwecks Unterstützung des flächendeckenden Ausbaus leistungsfähiger Breitbandnetze angeboten werden und auf welchen Betrag sich eine kommunale Kostenbeteiligung belaufen würde.

7. 14-V-06-0001

DL 31/14-1 NÖ, 26/14-1 NÖ

Zustimmung der HSK Rhein-Main GmbH zum Erwerb von Geschäftsanteilen an der HSK Kliniken GmbH durch HELIOS Kliniken GmbH

8. 14-F-03-0059

Demokratie schützen in Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.05.2014 -

In Wiesbaden kam es in der jüngsten Vergangenheit zu Vorkommnissen mit rechtsradikalem Hintergrund. Im Zuge der Europawahl ist darüber hinaus mit verstärkter Präsenz von verfassungsfeindlichen Gruppierungen zu rechnen. Um als demokratische Stadt wehrhaft zu bleiben, sind verstärkte eigene Anstrengungen nötig. Das gilt zum einen für die Beschaffung von Wissen über Gruppierungen und deren Veranstaltungen im Wiesbadener Stadtgebiet und zum anderen für die Förderung entschlossener Gegenreaktionen der Wiesbadener Bevölkerung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

1. regelmäßig mit dem hessischen Verfassungsschutz, Innenministerium und mit Institutionen, welche sich mit der Beobachtung von verfassungsfeindlichen Aktivitäten befassen, in Kontakt zu treten, um sich über Vorgänge, Gruppierungen und Personen mit verfassungsfeindlichem Hintergrund

(rechtsextremistisch, antisemitisch, rassistisch etc.) in Wiesbaden zu informieren. Diese Informationen sind in Form eines schriftlichen Berichtes einmal jährlich der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

2. bei Kenntnis von öffentlichen Veranstaltungen in Wiesbaden durch Gruppierungen und Personen mit verfassungsfeindlichem Hintergrund, die Bürgerschaft in angemessener Art und Weise darüber zu informieren.
3. einen Ansprechpartner zu benennen, der bei - in diesem Zusammenhang - meldewürdigen Vorkommnissen (z.B. nationalsozialistischen Schmierereien) von den Bürgerinnen und Bürgern kontaktiert werden kann.
4. zu prüfen ob Mitarbeitende der Stadtverwaltung für die Teilnahme an Gegendemonstrationen vom Dienst freigestellt werden können.

9. 14-F-08-0037

Das Freihandelsabkommen TTIP stoppen - Kommunale Daseinsvorsorge schützen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 14.05.2014 -

Zur Zeit laufen hinter verschlossenen Türen die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und der USA (TTIP). Offiziell ist das Verhandlungsmandat der EU für TTIP zwar nicht bekannt, tatsächlich aber kursiert das Dokument, in dem Art und Umfang dieses umfassenden Handels- und Investitionsabkommens festgelegt ist, im Internet (www.ttip-leak.eu).

Das Verhandlungsmandat scheint, wie u.a. der bayrische Städtetag betont, auch kommunal-relevante Handlungsbereiche, etwa das öffentliche Auftragswesen, Energiepolitik und Umweltschutz, und sogar die Trinkwasserversorgung zu umfassen. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, führt in einer Pressemitteilung zu TTIP aus: „Die EU-Kommission könnte in Zukunft mit Hinweis auf internationale Abkommen eine Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa durchsetzen.“ Die globalisierungskritische Organisation Attac befürchtet: „Das öffentliche Beschaffungswesen soll auf allen Ebenen geöffnet werden. Soziale und ökologische Aspekte könnten dann nur noch sehr eingeschränkt bei der Auftragsvergabe berücksichtigt werden. Dies könnte auch als Einfallstor dienen, um die Wasserversorgung (selbst in den USA noch überwiegend in kommunaler Hand) zu privatisieren. Die Folge einer solchen Privatisierungswelle wären steigende Preise und sinkende Qualität.“

Die Befürworter/innen des Abkommens hoffen auf einen weiteren Schub des Welthandels, auf neue Jobs und Einkommenszuwächse für die BewohnerInnen. Attac fasst mögliche Auswirkungen wie folgt zusammen: „Bezahlen müssen es die BürgerInnen in der EU und USA mit einem beispiellosen Abbau von Produktionsstandards, Verbraucherschutz- und ArbeitnehmerInnenrechten, Lohnniveaus, Umwelt- und Sozialauflagen, ja sogar unserer demokratischen Rechtstaatlichkeit.“

Ein weiterer Kritikpunkt ist der sog. Investorenschutz, ein Sonder-Klagerecht für Unternehmen. Demnach soll für ausländische Konzerne die Möglichkeit geschaffen werden, vor geheimen Schiedsgerichten gegen Staaten klagen zu können, wenn Gesetzesänderungen ihre Investitionstätigkeiten oder Gewinnerwartungen einschränken. Dadurch wird ein zweites, völlig intransparentes Rechtssystem geschaffen und die gängigen Rechtswege werden ausgehebelt. In der Konsequenz steht zu befürchten, dass Staaten künftig lieber auf Verbesserungen im Verbraucherschutz, bei Sozialstandards oder im Umweltbereich verzichten, als sich mit transnationalen Großkonzernen anzulegen. Attac nennt die Klage des schwedischen Vattenfall-Konzerns - nach dem Atomausstieg hat der Energiekonzern Deutschland vor einer internationalen Schiedsstelle auf 3,7 Mrd. Euro Schadensersatz verklagt - als Beispiel für eine solche undemokratische Praxis. Ein weiteres Beispiel ist die Klage des Tabakkonzerns Philip Morris gegen Australien und Uruguay wegen Warnhinweisen auf Zigarettenschachteln.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden fürchtet, durch das derzeit von der EU-Kommission hinter verschlossenen Türen verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) sowie das Abkommen mit Kanada (CETA) negative Konsequenzen z.B. für die öffentliche Auftragsvergabe, die Energieversorgung, den Umweltschutz wie auch für Tarife und Arbeitsbedingungen der Stadt Wiesbaden wie der städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden lehnt eine weitere Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels ab, welche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie z.B. im Bereich der Bildung, der Kulturförderung, der Gesundheit, sozialen Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, öffentlichem Nahverkehr oder der Wasserversorgung beinhaltet.
3. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden fordert den deutschen Städtetag auf, sich gegen das geplante Abkommen zu positionieren und entsprechend sowohl bei der Bundesregierung wie auch bei der EU-Kommission zu intervenieren.

10. 14-F-05-0008

Umgebung des Römertors aufwerten

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 14.05.2015 -

In wenigen Wochen wird die Baustelle am Römertor beendet. Zur Erhöhung der Attraktivität des Gebietes um das Römertor ist es sinnvoll, die Heidenmauer und den Bereich des Freilichtmuseums aufzuwerten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Gestaltungskonzept für den Bereich unterhalb des Römertors vorzulegen. Dabei soll geprüft werden,

- wie die Heidenmauer als ältestes erhaltene römische Bauwerk nachhaltig von zerstörerischen Efeuwurzeln sowie Unkraut und Taubenkot befreit werden kann,
- ob eine Freilegung des unterhalb der Serpentinstraße gelegenen Mithräums ganz oder teilweise erfolgen kann, oder zumindest durch entsprechende Schautafeln das Mithräum und der dazu gehörende Mithras-Kult für die Besucher anschaulich gemacht werden können,
- ob eine abendliche Beleuchtung von Römertor, Heidenmauer und Freilichtmuseum möglich ist,
- wie die Grünpflege zur Aufwertung des Bereichs beitragen kann,
- wie Informationen zum Bereich des Römertors für Touristen verbessert werden können (z.B. Beschilderung, Aufnahme in den Kulturpfad, erläuternde Flyer).

11. 14-F-04-0001

Verlegung des Publicviewing vom Kurpark in die Brita-Arena

- Antrag Frau Dr. Lerschmacher (Die Republikaner - fraktionslos) vom 13.03.2014

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, das "publicviewing" bzgl. der Fußballweltmeisterschaft nicht im Kurpark stattfinden zu lassen, sondern dort, wo es hingehört, in der Brita Arena.

Es ist bedauerlich, dass in der LH Wiesbaden Tier- und Umweltschutz keine Bedeutung haben und die historischen Parkanlagen, die zur Erholung und Erbauung der Bürger angelegt wurden, zu Rummelplätzen für die Spaßgesellschaft missbraucht werden.

Solche Massenveranstaltungen, die, wie die Erfahrung lehrt, selten kultiviert und friedlich verlaufen, gehen einher mit vermehrtem Alkoholkonsum und infolgedessen mit Grenzüberschreitungen, Verunratung und Vandalismus. Da diese Veranstaltung zu dem mit erheblichen Geräuschpegeln verbunden ist, stört sie nicht nur die umliegenden Bewohner, sondern auch im Sommer die Tierwelt, die mit der Aufzucht ihrer Nachkommen beschäftigt ist.

In der vorhandenen komfortablen Fußballarena fallen die Störungen weniger ins Gewicht als in einer sensiblen Parkanlage. Soviel Selbstbeschränkung könnte man doch von einer zivilisierten Gesellschaft erwarten oder nicht?

Schade, dass die schöne und vielgepriesene Stadt Wiesbaden mehr und mehr zu einer Stadt mit proletarischer Subkultur verkommt.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 12-F-33-0038

Ausbau Leitbild "Grüne Stadt Wiesbaden"

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 22.03.2012 -

ANLAGE

2. 13-F-05-0013

Bilanz der Erhöhung der Gebühren für die Kinderbetreuung

- Antrag der FDP vom 02.10.2013 -

ANLAGE

3. 13-V-36-0021

DL 21/14-1

Risikoanalyse Industriepark InfraServ und Dyckerhoff

4. **13-V-51-0045** **DL 28/14-1, 26/14-1**
Landesprogramm "Aktive Kernbereiche, Wiesbaden City-Nordwest + Süd"
5. **13-V-52-0024** **DL 29/14-1, 25/14-1**
Standortuntersuchung zur Unterbringung einer Sporthalle in Wiesbaden-Nordenstadt
6. **13-V-66-0250** **DL 23/14-1**
Hochheimer Straße: Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Hochheimer Straße - Bussteig C in Mainz-Kostheim
7. **14-V-01-0011** **DL 21/14-2**
Bericht zum Projekt Walkmühle
8. **14-V-01-0013** **DL 28/14-3, 25/14-2**
Jahresbericht 2013 des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Wiesbaden
9. **14-V-10-0004** **DL 31/14-1, 28/14-4 , 25/14-3**
Neubau des Bürgerhauses Medenbach - Ausführungsvorlage
10. **14-V-10-0009** **DL 31/14-2, 30/14-1 NÖ, 29/14-2**
Bürgerhaus Forum Naurod; Sanierung und Erweiterung 3. und 4. Bauabschnitt
11. **14-V-20-0027** **DL 28/14-5, 25/14-4**
Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2013 - Information über die wesentlichen Ergebnisse
12. **14-V-20-0031** **DL 23/14-2**
Übersicht der durch den Magistrat vom 01.01.2014 bis 31.03.2014 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

13. 14-V-20-0039 DL 31/14-3, 30/14-1
Haushaltsplan 2014/2015 - Genehmigungs- und Begleiterlass der Aufsichtsbehörde
14. 14-V-21-0001 DL 29/14-3, 25/14-5
"Umsatzsteuer in der öff. Verwaltung - Auswirkungen auf die Stadt Wiesbaden"
15. 14-V-40-0001 DL 21/14-4, 07/14-6 , 05/14-7
Fritz-Gansberg-Schule - Vorbereitungen zur Errichtung eines Neubaus
16. 14-V-40-0011 DL 21/14-5
Grundschule Schelmengraben; Einrichtung multifunktionaler Räume wegen Änderung der Zügigkeit zum Schuljahr 2014/2015 und Überführung von Hortplätzen in die BGS
17. 14-V-40-0017 DL 21/14-6
Grundschulkinderbetreuung; Personal und Organisation - Entfristung der Stellen
18. 14-V-40-0019 DL 21/14-7
Grundschulkinderbetreuung; Ergebnisse der Vorstudie Hebbelschule/Wolfram-von-Eschenbach-Schule
- ANLAGE**
19. 14-V-40-0022 DL 21/14-8
IM - Jahresabschluss 2013
20. 14-V-51-0003 DL 28/14-8, 25/14-8
Wohnungsbauprogramm 2013 - Ausführungsvorlage
21. 14-V-61-0011 DL 28/14-11, 26/14-4

Planungsmittel Konzeptbearbeitung Salzbachroute

22. **14-V-61-0017** **DL 29/14-5, 26/14-5**
Regionalplan Südhessen - Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien - Stellungnahme der
Landeshauptstadt Wiesbaden
23. **14-V-63-0005** **DL 31/14-4, 29/14-6**
Vorabfreigabe der Zuschüsse zur Unterstützung privater Denkmalpflege-Projekte
24. **14-V-66-0202** **DL 21/14-10**
Susannastraße L 3039 / Ausbau von OD bis Netzknoten 007 in Wiesbaden-Igstadt
25. **14-V-66-0204** **DL 31/14-5, 29/14-7**
Veilchenweg - Tempo-30-Zone
26. **14-V-66-0205** **DL 23/14-4**
Mainzer Straße - Ausbau zwischen Gartenfeldstraße und Welfenstraße einschließlich der
Knotenpunkte
27. **14-V-66-0206** **DL 31/14-6, 28/14-12 , 23/14-5**
Siegfriedring - Neuinstallation LSA und Umbau Einmündung Brunhildenstraße in Südost
28. **14-V-66-0301** **DL 23/14-6**
Fahrbahndeckenprogramm in Wiesbaden und AKK 2014
29. **14-V-66-0302** **DL 31/14-7, 29/14-8**
Neubau einer Treppe zur Lindenthalstraße
30. **14-V-67-0004** **DL 31/14-8, 29/14-9**

Freigabe und Genehmigung von Mitteln für Beschaffungs- und Instandhaltungsmaßnahmen auf den Wiesbadener Friedhöfen

31. **14-V-80-8001** **DL 21/14-11**

Projekt Wohnbetreuer - Verlängerung 2014 bis 2016

Tagesordnung III

1. **14-A-02-0004**

Wahl ehrenamtlicher Verwaltungsrichter/innen

ANLAGE

2. **14-V-30-0002**

DL 21/14-3

Vorschlag für die Wahl einer Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden XI (Wiesbaden-Nordenstadt)

3. **14-V-30-0003**

DL 23/14-3

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden X (Wiesbaden-Auringen)

4. **14-V-30-0004**

DL 28/14-6, 25/14-6

Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden I (Wiesbaden-Alt)

5. **14-V-30-0005**

DL 28/14-7, 25/14-7

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsbezirk Wiesbaden-Klarenthal

6. **14-V-51-0009**

DL 21/14-9

Nachwahl von stimmberechtigten und stellvertretenden Mitgliedern in den Jugendhilfeausschuss

7. **13-V-61-0052**

DL 28/14-2, 26/14-2

Bebauungsplan "Breckenheimer Straße" im Ortsbezirk Igstadt - Aufstellungsbeschluss -

8. **14-V-61-0003** **DL 24/14-1**

Bebauungsplan "Rudolf-Dietz-Straße / Hermann-Hesse-Straße" im Ortsbezirk Naurod in Verbindung mit § 13 a Baugesetzbuch (BauGB)
- Beschluss über die Aufstellung und öffentliche Auslegung -

9. **14-V-61-0005** **DL 24/14-2**

Bebauungsplan "Setzling" im Ortsbezirk Erbenheim -Satzungsbeschluss -

10. **14-V-61-0007** **DL 29/14-4, 28/14-9 , 27/14-1**

Bebauungsplan "Rhein-Main-Hallen" im Ortsbezirk Mitte
- Beschluss über die Aufstellung und öffentliche Auslegung -

11. **14-V-61-0008** **DL 28/14-10, 26/14-3**

Bebauungsplan "Nördlich der Welfenstraße" im Ortsbezirk Südost in Verbindung mit § 13 a Baugesetzbuch (BauGB) - Beschluss über die Aufstellung und öffentliche Auslegung -

12. **14-V-61-0012** **DL 24/14-3**

Bebauungsplan "Einzelhandelsbetrieb Berliner Straße" im Ortsbezirk Erbenheim
- Beschluss über die Aufstellung und öffentliche Auslegung -

Tagesordnung IV

1. **13-V-20-0094** **DL 21/14-1 NÖ**

Feierabendheim Simeonhaus GmbH

2. **14-V-04-0009** **DL 28/14-1 NÖ, 25/14-1 NÖ**

Faulbrunnenplatz, Gestaltung des Brunnens mit Stele

3. **14-V-20-0018** **DL 22/14-1 NÖ**
Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 4.Quartal 2013

4. **14-V-20-0028** **DL 23/14-1 NÖ**
Bürgschaft

5. **14-V-20-0029** **DL 23/14-2 NÖ**
Bürgschaft

6. **14-V-20-0030** **DL 28/14-2 NÖ, 25/14-2 NÖ**
Bürgschaft

7. **14-V-20-0033** **DL 28/14-3 NÖ, 25/14-3 NÖ**
Bürgschaft

8. **14-V-20-0037** **DL 31/14-2 NÖ, 29/14-1 NÖ**
Aufnahme von Darlehen

9. **14-V-36-0006** **DL 21/14-2 NÖ**
Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates am 27.02.2014

10. **14-V-41-0005** **DL 23/14-3 NÖ**
Wiesbadener Schule für Schauspiel

11. **14-V-80-2307** **DL 21/14-3 NÖ**

Verzeichnis der vom 1.Oktober 2013 bis 31.Dezember 2013 genehmigten Grundstücksvorlagen

12. 14-V-80-2313 **DL 28/14-4 NÖ, 25/14-4 NÖ**

Ankauf eines Grundstücks

13. 14-V-82-0004 **DL 28/14-5 NÖ, 25/14-5 NÖ**

Carol-Nachmann-Preis Rechnungslegung 2013

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher